

BERNHARD FELDERER  
DIREKTOR  
INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN (IHS)



## Statement bei der Podiumsdiskussion zur Wirtschaftspolitik

Die Globalisierung, d. h. die Integration aller nationalen Wirtschaften der Welt in eine einzige Weltwirtschaft, ist auf die Änderung technischer Zusammenhänge zurückzuführen. Sie ist nicht, wie oft gesagt wird, die Folge einer übertriebenen liberalen Politik. Man kann im Gegenteil nachweisen, dass die politische Integration von Wirtschaftsräumen häufig der schon vorher stattfindenden ökonomischen Integration folgt.

Seit Jahrzehnten sinken die realen Transportkosten. Die Kommunikations- und Informationskosten sind im Laufe der Neunzigerjahre fast auf null gesunken, nachdem sich das Internet in der gesamten industriellen Welt durchgesetzt hatte. Noch Anfang der Neunzigerjahre war die Business-to-Business-Kommunikation in Europa ohne Bedeutung. Inzwischen ist es schwer, in den aufstrebenden Staaten Asiens oder in Europa eine Firma zu finden, die nicht bereits auf der Homepage mehr oder weniger ausführlich über ihre Produkte informiert. Damit wurde die Zahl der Anbieter und ihr geografischer Herkunftsbereich dramatisch vergrößert.

Hinzu kommt, dass dieser Wettbewerb mit Ländern stattfindet, deren Lohnkosten teilweise unter 10% der europäischen Lohnkosten liegen. Dort, wo in Europa manuelle Arbeit durch Automaten ersetzt werden konnte, ist dies in großem Umfang in den letzten 20 Jahren geschehen. Dadurch sind wichtige Teile der europäischen Industrie, wie z. B. Maschinen, Autos usw. gegenüber den Billiglohnländern konkurrenzfähig geblieben. In einem großen Teil der europäischen Wirtschaften sind diese

Rationalisierungsmaßnahmen allerdings nur sehr eingeschränkt möglich gewesen. Hierbei handelte es sich vor allem um Dienstleistungen, die mehr als die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung ausmachen. Dieser Bereich ist in Europa stark reguliert und durch alte Traditionen und Berufsbilder geprägt. Dies führt dazu, dass viele Dienstleistungen und Zulieferungen zu Industrieunternehmen, u. a. auch der Strom oder andere Energieformen, an den meisten europäischen Standorten, so auch in Österreich, deutlich teurer als außerhalb Europas sind. Der Versuch der Europäischen Kommission, den Dienstleistungsbereich stärker zu deregulieren und die Dienstleistungsanbieter mehr Wettbewerb auszusetzen, ist mit der jetzigen Dienstleistungsrichtlinie nur teilweise gelungen. Man kann zeigen, dass der Unterschied im Wachstum der letzten zehn Jahre zwischen Europa und den USA zu rund 85% auf den unterschiedlichen Produktivitätsfortschritt des Dienstleistungssektors in Europa und den USA zurückzuführen ist. Das, was man die Globalisierung nennt, ist eine Übergangsphase von nationalen Ökonomien mit der bekannten Aufteilung des Wohlstandes in der Welt zu einer Neuaufteilung von Wohlstand und wirtschaftlicher Macht. Daraus werden sich auch Verschiebungen von Forschungs- und künstlerischen Aktivitäten ergeben. Wie diese Neuaufteilung aussehen und welche Rolle Europa dabei spielen wird, kann man heute nicht sagen. Eine Verlängerung der gegenwärtigen Trends lässt aber vermuten, dass ein großer Teil Asiens auf ein mittleres

europäisches Einkommensniveau aufsteigen wird und Europa den Vorsprung gegenüber Asien im Pro-Kopf-Einkommen nicht halten kann. Auch die USA sind offenbar besser gerüstet, mit der Herausforderung, die sich aus der Globalisierung ergibt, fertig zu werden. Das Extrapolieren von kurzfristigen Trends kann allerdings auch in die Irre führen. So ist es denkbar, dass insbesondere China wieder Rückschläge erleidet (z. B. Nationalitätenkonflikt bei Einführung der Demokratie). Auch ist es wahrscheinlich, dass die reformunwilligen europäischen Staaten, wie insbesondere Frankreich, Italien oder Deutschland, die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen irgendwann erkennen und damit bessere Konkurrenzfähigkeit und erhöhtes Wirtschaftswachstum herbeiführen werden. Je länger sich die europäische Wirtschaftspolitik allerdings vor allem auf das Diskutieren und Lamentieren konzentriert und je länger zu wenige klare Strukturmaßnahmen erfolgen, desto schwieriger wird es für Europa werden, sich als ein Ort hohen Einkommens und hoher sozialer Sicherheit zu behaupten.

Mit der zunehmenden Internationalisierung sinken auch die Lohnquoten in allen Industrieländern. Die Lohnquoten sind in den Siebzigerjahren deutlich angestiegen. In Österreich beispielsweise von 49% auf 59%. In den Achtziger- und Neunzigerjahren ist die Lohnquote durch kontinuierliches Absinken auf das Niveau der Sechzigerjahre zurückgekehrt. Dieses Faktum ist von vielen als Konsequenz der geringen Reallohn erhöhungen interpretiert worden. Dieser Schluss ist allerdings voreilig. Die Lohnquote wird nicht nur durch die Höhe des Lohnes eines Arbeit-

nehmers bestimmt, sondern auch durch das relative Verhältnis der Einsatzmengen von Arbeitskraft und Kapital. Wenn der Kapitaleinsatz wesentlich schneller zunimmt als der Einsatz von Arbeit, muss auch die Entlohnung des Faktors Arbeit zunehmen, auch wenn die Entlohnung der einzelnen Kapitaleinheit nicht zunimmt. Die Entlohnung der Kapitaleinheit war in den letzten Jahren im langfristigen Vergleich sehr gering. Sie wird am besten durch den realen Zinssatz approximiert. Es ist richtig, dass auch die Entlohnung der Arbeit, d. h. der Reallohn, seit Mitte der Neunzigerjahre kaum gestiegen ist. Die steigende Lohnquote entsteht aber zum überwiegenden Teil dadurch, dass durch hohes Wachstum der Investitionen auch mehr Kapitaleinkünfte entstehen müssen. Die Wirtschaften der Industrieländer brauchen hohe Investitionen, um die Produktivität der Arbeitskräfte weiter zu erhöhen. Wenn die Wirtschaft nicht entsprechend investiert hätte, wären bei gegebenem Lohnniveau viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Es ist also durchaus denkbar, dass wegen der hohen Investitionen die Lohnquote sinkt und gleichzeitig der Reallohn steigt, wie sich am Beispiel der USA nachweisen lässt.

Sind wir damit definitiv in ein neues Stadium schärferen Wettbewerbs eingetreten oder können wir hoffen, dass der extreme Veränderungsdruck, der heute auf den europäischen Wirtschaften lastet, wenigstens teilweise nachlassen wird? Die gegenwärtige Form des Wettbewerbs wurde ja mehrfach als unfair bezeichnet. Dies trifft meines Erachtens teilweise auch zu. Zum Beispiel gibt es keine Reziprozität bei Zollvorschrif-

ten. Es gibt Exporte aus asiatischen Ländern, die in Europa auf keine Zollschranken mehr stoßen, während umgekehrt europäische Exporte in diesen Ländern durchaus behindert werden. Ob Freihandel bei Lohnunterschieden von 1:10 und der Imitation europäischer Technologien oft unter Missachtung von Markenschutz als fair bezeichnet werden kann, muss ebenfalls bezweifelt werden. Sicher aber ist eines: Die Reallöhne in den Ländern mit raschem Wirtschaftswachstum, die europäische Produkte heute auf den Weltmärkten bedrängen, werden rascher steigen als bei uns. Dies wird den Wettbewerbsvorteil, insbesondere der asiatischen Länder, reduzieren. Ein Vorgang, den wir heute bereits bei unseren östlichen Nachbarländern beobachten können: Überall in Osteuropa beobachten wir steigende Reallöhne. Insbesondere dann, wenn wir die Lohnunterschiede in Kaufkraftparitäten messen, zeigen sich erstaunliche Entwicklungen. Beispielsweise hat das Durchschnittseinkommen in Metropolen wie Prag und Budapest bereits heute rund zwei Drittel des Wiener Niveaus erreicht. Aber auch in Südchina gibt es quasi Vollbeschäftigung und die südchinesische Wirtschaft zieht aus ganz China Arbeitskräfte an. Daraus werden sich früher oder später Lohnsteigerungen ergeben müssen, die deutlich höher sein werden als jene, die in den letzten Jahren

bekannt geworden sind. Auch werden weitere Aufwertungen der chinesischen Währung unausweichlich sein.

Diese Vorgänge werden aus heutiger Sicht 15 bis 25 Jahre in Anspruch nehmen, bis der Anpassungsdruck etwas nachlassen dürfte. In der Zwischenzeit wird die europäische Wirtschaft das tun müssen, was man in einigen Ländern, so auch in Österreich, in den letzten Jahren erfolgreich gemacht hat: die Wirkung des Marktes durch Deregulierung verstärken, die Last des Staatseingriffs erleichtern und Lohnerhöhungen mit Augenmaß



unterhalb des Produktivitätsfortschrittes und mit Blick auf die Zahl der Arbeitslosen abschließen. Sofern man von Globalisierungsverlierern sprechen kann, werden diese bei den Unqualifizierten, d. h. im Wesentlichen Personen ohne Berufsausbildung, zu suchen sein. Die Globalisierung zwingt jede Industriegesellschaft, sich intensiver und unter dem Einsatz von mehr Finanzmitteln um diese Personengruppen zu kümmern. ❧